

INTERGLOBAL

MYANMAR

Das angekündigte Massaker

Thomas Berger

Auch mit tödlichen Schüssen kann das Militär in Myanmar die Proteste gegen den Putsch bislang nicht unterbinden. Mehr Gegenwehr als von der zurückhaltenden „internationalen Gemeinschaft“ droht der Junta von den bewaffneten Rebellen ethnischer Minderheiten.

Die Proteste in Myanmar dauerten auch über Ostern an. In Yangon, Mandalay und anderen Städten des Landes gingen Menschen auf die Straße, um mit friedlichen Mitteln für die Wiederherstellung der demokratischen Errungenschaften der vergangenen Jahre zu kämpfen; einige Aktivisten verteilten mit politischen Parolen bemalte Ostereier.

Am 1. Februar hatte das Militär wieder die gesamte Macht an sich gerissen und die de facto als Regierungschefin fungierende Aung San Suu Kyi entmachtet. Die für diesen Tag geplante Konstituierung des im November neu gewählten Parlaments wurde unterbunden. Womit die Generäle unter Führung des Oberbefehlshabers der Armee und neuen Machthabers, Min Aung Hlaing, allerdings nicht gerechnet hatten: Der Widerstand ist enorm - bisher ließ er sich weder mit immer schärferen Drohungen noch mit Gewalt brechen.

Die Repressalien sind seit dem Putsch immer härter geworden. Allein am 27. März, traditionell als „Tag der Streitkräfte“ ein wichtiger Feiertag, wurden 114 Menschen getötet, 169 am gesamten Wochenende und insgesamt mehr als 550 seit dem Putsch - mindestens, denn amtliche Statistiken dazu gibt es nicht. Die Zahlen sind Schätzungen, recht verlässliche immerhin. Die letzten unabhängigen Medien des Landes haben sie mühsam und akribisch aus jeder Menge

Einzelmeldungen zusammengetragen: Online-Nachrichtenportale wie das renommierte, weil früher schon im thailändischen Exil tätige „The Irrawaddy“ und „Myanmar Now“, das die jüngsten Ereignisse besonders detailreich schildert.

Printmedien, die sich nicht auf einer Linie mit den neuen Machthabern befinden, sind nicht mehr erhältlich. Bereits am 21. Februar ließ die Redaktion der „Myanmar Times“ ihre Leserschaft wissen, dass man für mindestens drei Monate das Erscheinen der Tageszeitung sowie der Wochenendausgabe, den Online-Auftritt, den Twitter-Kanal (jeweils in Englisch und in der Landessprache Burmesisch) und die Ausstrahlung des Fernsehprogramms einstelle. So ist es auf der Website nachlesbar. Das ist nur ein Beispiel für das zumindest vorläufige Verschwinden der medialen Vielfalt, die sich in den vergangenen zehn Jahre herausgebildet hat. Was nicht gleichgeschaltet wurde, ist bis auf wenige Ausnahmen verstummt.

Unter den Todesopfern, die am 27. März zu verzeichnen waren, sollen sich mindestens elf Kinder befinden. Schon in den Wochen zuvor hatten die beiden genannten Nachrichtenportale unter Berufung auf Erhebungen der Gefangenenhilfsorganisation „AAPP“, einer Quelle mit hoher Reputation, vermeldet, dass 20 Minderjährige, darunter ein sechsjähriges Mädchen, durch Schüsse der Sicherheitskräfte getötet worden sind. Die elf weiteren Todesopfer im Alter zwischen elf und knapp 17 Jahren hat „Myanmar Now“ in einem Bericht namentlich genannt, um diesen jungen Opfern jenseits nüchterner Zahlen ihre Individualität zurückzugeben. Stellvertretend sei Htet Myat Thwin genannt, 16 Jahre alt, jüngstes von drei Geschwistern, der gerade mit

der zehnten Klasse begonnen hatte. Der Schüler aus einer muslimischen Familie wurde in der Provinzstadt Patheingyi nach islamischem Ritus zu Grabe getragen.

„Myanmar Now“ ist es gelungen, 154 der 169 Opfer des blutigen Wochenendes zu identifizieren: eine Krankenschwester, ein Fußballer, ein Arzt, ein Architekt, eine Frauenrechtlerin, ein Touristenführer, ein streikender Polizist, ein Straßenhändler, ein Bankangestellter ... Allein diese Beispiele zeigen deutlich, wer da protestierend auf den Straßen ist: Menschen aus allen Lebensbereichen, bereit, für die Demokratie notfalls mit dem Leben zu bezahlen. Todesopfer waren in 50 Städten zu verzeichnen, ein Beleg dafür, dass der Widerstand nicht nur die Metropolen Yangon und Mandalay, sondern nahezu das gesamte Land erfasst hat.

Menschen aus allen Lebensbereichen sind bereit, für die Demokratie notfalls mit dem Leben zu bezahlen.

Besonders gewalttätig ging die Armee in der südlichen Hafenstadt Dawei vor. Immer öfter ist von gezielten Kopfschüssen die Rede. In einem Viertel Mandalays wurde zudem ein 40-jähriger Familienvater, der eine brennende Reifenbarrikade löschen wollte, von Soldaten angeschossen. Nachbarn konnten ihm wegen des anhaltenden Beschusses nicht zur Hilfe kommen, er verbrannte lebendig auf den Reifen.

Der „Tag der Streitkräfte“ erinnert in Myanmar alljährlich an den Beginn

des Freiheitskampfes gegen die japanischen Besatzer im Frühjahr 1945, als die vormalige britische Kolonie noch Burma hieß. Erinnerung wird an eine Armee, an deren Spitze damals General Aung San stand, der später als Nationalheld gefeiert wurde - der Vater Aung San Suu Kyis, jener Frau, die vor zwei Monaten von Männern entmachtet wurde, die sich offiziell als Erben des antikolonialen Kampfes inszenieren.

Nach einer imposanten Militärparade in der Hauptstadt Naypyidaw am 27. März hielt Min Aung Hlaing eine Rede, in der er erneut den Putsch verteidigte, der wegen angeblicher „Wahlmanipulation“ und „Korruption“ notwendig gewesen sei. Das brutale Vorgehen gegen die friedlich protestierenden rechtfertigte er als „Kampf gegen terroristische Elemente“. Gäste aus acht Ländern, darunter China, Russland - das durch seinen stellvertretenden Verteidigungsminister Aleksandr Fomin repräsentiert wurde -, Indien und Thailand, hörten ihm zu. Am Tag zuvor hatte die Armee, die in Myanmar als Tatmadaw bezeichnet wird, über Rundfunk und Fernsehen bereits die unmissverständliche Warnung verbreitet, dass auf Protestierende scharf geschossen werde.

Von „Massenmord“ sprach Tom Andrews, der UN-Sonderberichterstatter für Myanmar angesichts der Ereignisse. Salai Maung Taing San, bekannt als Dr. Sasa, ein bis vor kurzem unbekannter Provinzarzt, der nun für einen Teil der neugewählten Abgeordneten im Exil als Verbindungsmann zu den Vereinten Nationen fungiert, rief die „internationale Gemeinschaft“ auf, es nicht bei Worten zu belassen, sondern etwas zu tun - beispielsweise Myanmar's Armee von Waffenlieferungen abzuschneiden. Über

FOTO: EPA-EFE/STR



Trotz des brutalen Vorgehens der Putschisten: Demonstration gegen den Militärcoup in Mandalay, einer Metropole im Zentrum von Myanmar, am 1. April 2021.

Sanktionen wird nun wieder verstärkt debattiert. Kevin Rudd, ehemaliger sozialdemokratischer Premierminister Australiens, forderte ein Eingreifen des UN-Sicherheitsrats. Es gilt jedoch als sicher, dass China und Russland, beide Waffenlieferanten Myanmars, gegen harte Sanktionen ein Veto einlegen würden.

Was Min Aung Hlaing womöglich mehr zu schaffen macht als verbale Verurteilungen aus zumeist westlichen Staaten, ist, dass eine Reihe Rebellen Gruppen der ethnischen Minderheiten seine Einladung zu neuen Gesprächen über einen nationalen Waffenstillstand ausgeschlagen hat. Das erübrige sich, solange die Armee weiter auf die Bevölkerung schießt, so die ähnlich lautenden Absagen der „Kachin Independence Army“ (KIA), des „Restoration Council of Shan Sta-

te“ (RCSS) und der „Karen National Union“ (KNU). Letztere kämpfte seit 1948 zunächst für einen eigenständigen Staat und seit 1976 für ein föderales System. Sie verfügt über einen bewaffneten Arm, die „Karen National Liberation Army“ (KNLA).

Mit der eigentlich befriedeten KNLA ist der Tatmadaw derzeit in Gefechte verwickelt. Etwa 13.000 Menschen im Siedlungsgebiet der Karen sollen nach Luftangriffen aus ihren Wohnorten geflohen sein. Einige kamen schon in Thailand an, wo man sich auf eine größere Fluchtbewegung einstellt. Die Sorge ist alles andere als unbegründet, hatten Menschen aus Myanmar zur Zeit früherer Diktaturen doch zu Aber-tausenden Zuflucht im Nachbarland gefunden. Mit einer erneuten Offensive drohte auch die „Arakan Army“ (AA), die im Nordwesten aktiv ist.

Eher widersprüchlich äußern sich die umliegenden Staaten zum Putsch und dem brutalen Vorgehen gegen die Demokratiebewegung. Thailand und Indien lassen bisher eindeutige Stellungnahmen vermissen, sie berufen sich ebenso wie Myanmars traditionelle Schutzmacht China auf das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. Ebenso äußerte sich der philippinische Außenminister Teodoro Locsin Jr. Auch Brunei, das derzeit den Vorsitz der „Association of Southeast Asian Nations“ (Asean) innehat, der auch Myanmar angehört, wiegelt ab. Die Asean will nun ein Sondertreffen zu Myanmar einberufen; ein Termin wurde noch nicht festgelegt.

Dezierte Kritik an den Putschisten äußerten bisher vor allem die Regierungen Indonesiens, Malaysias

und zuletzt Singapurs. Thailands Ministerpräsident Prayuth Chan-o-cha, selbst ehemaliger Oberkommandierender der Armee und Anführer eines Coups, wies eher halbherzig Vorwürfe zurück, seine Regierung unterstütze das Regime. Man müsse aber „Kommunikationskanäle offenhalten“, fügte er hinzu. Die Protestierenden in Myanmar können mit Anteilnahme großer Teile der Weltöffentlichkeit rechnen, nicht aber mit Hilfe der „internationalen Gemeinschaft“.

Thomas Berger ist freier Journalist mit Themenschwerpunkt in Süd- und Südostasien.

